



öffentlich

Betreff:
Mietendeckel

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 27.06.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

14.08.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für einen Mietendeckel nach dem Vorbild Berlins und die möglichen Auswirkungen auf die Wohnsituation in Potsdam zu prüfen.
Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im November 2019 vorzulegen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die nach wie vor angespannte Wohnungssituation erfordert ein energisches Handeln der Stadt. Angesichts der großen Lücke zwischen der großen Nachfrage nach Wohnungen und dem vorhandenen Wohnraum steigt die Gefahr explodierender Mieten. Die Aktivitäten des Berliner Senats zur Einführung eines Mietendeckels können auch ein Vorbild für Brandenburg und insbesondere für die Landeshauptstadt sein, um soziales Wohnen zu fördern. Deshalb sollte der Oberbürgermeister auf Grundlage der Wohnsituation in Potsdam prüfen, wie durch einen Mietendeckel dauerhaft bezahlbares Wohnen gefördert werden kann.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

19/SVV/0609

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Mietendeckel

Erstellungsdatum 22.10.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.10.2019	Ausschuss GSWI	X	
06.11.2019	Stadtverordnetenversammlung		X

Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Wege und Voraussetzungen für eine stärkere Einflussnahme der Stadt auf die Miethöhe zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollen auch Steuerungsmöglichkeiten im Sinne eines Mietendeckels in Verbindung mit möglichen Auswirkungen auf die Wohnsituation in Potsdam betrachtet werden.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im Januar 2020 vorzulegen.

Begründung:

Die nach wie vor angespannte Wohnungssituation erfordert ein energisches Handeln der Stadt. Angesichts der großen Lücke zwischen der großen Nachfrage nach Wohnungen und dem vorhandenen Wohnraum steigt die Gefahr explodierender Mieten, immer stärkerer Belastungen und zunehmender Existenzgefährdung durch zu hohe Wohnkosten. Die Aktivitäten in mehreren Bundesländern, insbesondere des Berliner Senats zur Einführung eines Mietendeckels können auch Anregungen für Brandenburg und insbesondere für die Landeshauptstadt geben, um soziales Wohnen zu fördern und die Wirksamkeit bestehender Instrumente zu stärken. Deshalb sollte der Oberbürgermeister auf Grundlage der Wohnsituation in Potsdam prüfen, wo und wie die Mietentwicklung besser beeinflusst werden und z.B. durch einen Mietendeckel bezahlbares Wohnen gesichert werden kann. Auf Grundlage dieser Prüfungen soll die Stadt auch darauf drängen, dass notwendige landesrechtliche Regelungen geschaffen werden.

gez. Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift